

Lübben Mitte des Jahres 2022: Gedanken zur Situation der Energiepreise

Tobias Ganer, korrespondierendes Mitglied des Vorstandes des SPD-Ortsvereins Lübben

Die Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Energiepreise ist auch eine Aufgabe für die Kreise, weshalb wir uns als Sozialdemokraten dazu einbringen: Die Kreise müssen auf vielfältige Art ihre Kommunen unterstützen und ermutigen. Denn bei Wärmeplanung, bürgernaher Energieversorgung und ÖPNV können die Kommunen nur mit entsprechender Unterstützung vorangehen, Fortschritt ermöglichen. Nicht immer kann und soll die Unterstützung vorrangig finanzieller Art sein. Unterstützung mit Personal, Vernetzung und Eskalation nach oben sind in ihrer kurz- wie mittel- und Langfristwirkung nicht weniger wichtig als pure Mittelzuweisungen. Die Menschen sind von der Erwartung getragen, dass besonders aus den Reihen der Sozialdemokratie weitergehende Gedanken und Ansätze zum Wohl aller umgesetzt werden.

Die Energiepreise steigen bereits seit Monaten. Strom, Erdgas und Kraftstoffe haben sich bereits massiv verteuert. Wir begrüßen die beschlossenen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung ausdrücklich:

- Rückwirkend ab Januar wird die Pendlerpauschale erhöht, um die hohen Spritpreise etwas auszugleichen.
- Ab 1. Juli werden die Stromrechnungen günstiger, weil wir die EEG-Umlage streichen. Eine vierköpfige Familie spart so mehrere Hundert Euro im Jahr.
- Ab Juli bekommen Bürgerinnen und Bürger mit kleinen Einkommen, Wohngeldempfänger und Studierende mit BAföG einen Zuschuss zu den Heizkosten.
- Familien werden gezielt entlastet durch den Kinderbonus.
- Von Armut betroffene Kinder und Jugendliche erhalten einen Sofortzuschlag, und zwar monatlich.
- Jeder Beschäftigte erhält ab September zum Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten einmalig 300 Euro ausgezahlt.
- Mit dem 9-Euro-Ticket im Regionalverkehr werden Pendler entlastet und Familienbesuche erleichtert.

Außerdem steigt der Mindestlohn zum 1. Oktober auf 12 € / Stunde. Davon werden 360.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger profitieren.

Es ist aber davon auszugehen, dass die Energiepreise auf hohem Niveau bleiben und wahrscheinlich noch weiter steigen werden. Das kommende Jahr wird besonders für Familien, Alleinerziehende und Rentnerinnen und Rentner eine finanzielle Herausforderung. Wenn Gas- und Stromlieferverträge zum 31.12.2022 auslaufen, droht ein Preisaufschlag von 100, 150 oder mehr Prozent. Es

muss deshalb weitere Entlastungen geben, die längerfristig wirken!

Die DGB-Vorsitzende Jasmin Fahimi hat vorgeschlagen, die Energiepreise zumindest für einen Grundverbrauch zu deckeln:

„Für jeden Erwachsenen und jedes Kind wird ein Grundbedarf für Strom und Gas festgelegt. Für diese Menge an Kilowattstunden gibt es eine Preisgarantie. Für Energie, die jemand darüber hinaus verbraucht, muss er mehr zahlen. Das wäre nicht nur ein wirklich wirksamer Anreiz zum Energiesparen, sondern auch eine deutliche Entlastung vor allem für Haushalte mit kleinem Einkommen. Ein Single in einer 120-Quadratmeter-Wohnung würde mit diesem Modell deutlich weniger begünstigt als eine dreiköpfige Familie auf 80 Quadratmetern.“

Die gezielte Deckelung eines Energie-Grundbedarfes würde vielen Lübbener Haushalten über das nächste Jahr helfen. Es ist richtig und notwendig, dass wir jetzt über unseren Energieverbrauch nachdenken und versuchen zu sparen. Wir lehnen es aber ab, dass Familien, die geradeso klarkommen, oder Rentnerinnen und Rentner, die mit kleiner Rente und ohne große Rücklagen zurechtkommen müssen, jetzt im Zweifelsfall frieren sollen.

Für uns steht fest, dass es endlich Zeit für eine sozial-nachhaltige Politik wird:

- Die Wärmewende in Lübben durch eine kommunale Wärmeplanung voranbringen!
- Energie in Bürgerhand: Kommunale Beteiligung bei jedem Projekt!
- Den Busverkehr konsequent mit dem Schienenverkehr verzahnen!

Redaktionsschluss: 01.07.2022. © SPD-OV Lübben
www.spd-luebben.de;
<https://www.facebook.com/SPDOVLuebben>